

Weltklimakonferenz in Bali: Australien ratifiziert «Kyoto» – Nymex und Nyse Euronext wollen ins CO<sub>2</sub>-Geschäft

# Emissionshandel hat so oder so Zukunft

Von Barbara Mettler

## USA stellen sich quer

Das Umfeld wäre perfekt. Weltweit war der Konsens für den Kampf gegen den Klimawandel noch nie so gross wie heute. Ende Oktober 2006 waren im Stern-Report erstmals die Kosten des Klimawandels beziffert worden. Anfang Februar 2007 veröffentlichte der Weltklimarat IPCC einen Bericht, wonach der Klimawandel mit einer Wahrscheinlichkeit von über 90% vom Menschen verursacht ist. Weitere Studien zu «Auswirkungen, Anpassung und Anfälligkeit» sowie zur «Verminderung des Klimawandels» folgten. Für seine Aufklärungsarbeit erhält der IPCC zusammen mit Al Gore den Friedensnobelpreis.

Auf politischer Ebene waren ebenfalls Fortschritte zu beobachten. Die Europäische Union (EU) verpflichtete sich im Frühling, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 bis 30% unter das Niveau von 1990 zu senken, selbst wenn auf internationaler Ebene kein Nachfolgewerk für das Kyoto-Protokoll gefunden werden kann – und sicherte so die Zukunft des Europäischen Emissionshandelssystems ETS, was vielen Unternehmen eine erhöhte Investitionssicherheit brachte. Das ETS durchlief von 2005 bis 2007 eine Testphase, die scheiterte, weil zu viele Emissionsrechte zugeteilt worden waren. Für die zweite Phase war die EU deutlich restriktiver.

Deutschland ging diese Woche einen Schritt weiter und gab bekannt, die Emissionen bis 2020 um 30 bis 40% reduzieren zu wollen. Gleichzeitig ratifizierte die australische Regierung in ihrer ersten Amtshandlung das Kyoto-Protokoll – bislang war Australien in der Klimapolitik gemeinsam mit den USA im Abseits gestanden.

Die Weltklimakonferenz vom 3. bis 14. Dezember in Bali startete somit erfreulich. In Bali soll bis 14. Dezember der Grundstein für ein Nachfolgewerk des Kyoto-Protokolls gefunden werden, das 2012 ausläuft. Ziel wäre es, das Werk 2009 in Kopenhagen zu verabschieden. Darin sollen auch die Schwellenländer besser eingebunden werden, deren Treibhausgasemissionen rasant wachsen, die aber im Kyoto-Protokoll nicht mit verbindlichen Reduktionszielen bedacht wurden. Doch die Verhandlungen auf Ministeriebene von kommander Woche dürften harzig verlaufen.

Die USA beteiligen sich zwar an den Verhandlungen, akzeptieren aber nach wie vor keine verbindlichen Ziele, solange diese nicht auch für Schwellenländer gelten. Diese wiederum werden kaum zu Konzessionen zu bewegen sein, wenn sich die USA querstellen. Die Haltung George W. Bushs löst weltweit Unverständnis aus, und auch im eigenen Land wächst der Druck. Diese Woche wurde ein Gesetz vorgeschlagen, wonach die Emissionen bis 2050 um 70% zu reduzieren seien. Demokratische Senatoren forderten «Bali» zudem in einem Brief auf, die Position der USA zu ignorieren, da die Regierung Bush ohnehin bald abtrete. Die Bundesstaaten übrigens haben die Notwendigkeit verbindlicher Reduktionsziele schon lange erkannt und bauen nun drei regionale Emissionshandelssysteme an der Ostküste, im Mittleren Westen und in Kalifornien auf.

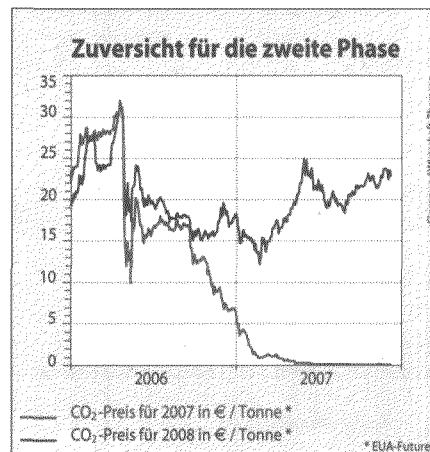
Das Argument Bushs, solche Ziele schaden der Wirtschaft, wurde diese Woche widerlegt. Nach einer Studie der Uno werden im Kampf gegen den Klimawandel mehr neue Arbeitsstellen geschaffen, als verloren gehen. Auch die heimischen Unternehmen stellen sich gegen Bush. Im-

klärte, wurden an der CCX im letzten Halbjahr sechzehn Neuzugänge verzeichnet. Bereits Mitglied war American Electric Power mit einem dreimal höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoss als die Schweiz. Gemäss Rabinowitz rechnen die Unternehmen damit, dass früher oder später ohnehin verbindliche Reduktionswerte eingeführt werden. Indem sie bereits heute aktiv werden, verschaffen sie sich einen Vorsprung auf die Konkurrenz. An der CCX verpflichteten sich die Gesellschaften, ihre Emissionen bis 2010 um 6% unter den Durchschnitt von 1998 bis 2001 zu senken. Ihre Mitglieder stossen zusammen jährlich 540 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> aus, zehnmal mehr als die Schweiz. Dennoch hat die CCX im weltweiten Emissionshandel, der sich gemäss Rabinowitz auf 50 Mrd. \$ beläuft, nur ein geringes Gewicht.

Führend ist die EU, wo die Teilnahme am ETS für viele Unternehmen bereits seit 2005 zwingend ist – ab 2008 wird das ETS auf weitere Branchen ausgedehnt. Die betroffenen Gesellschaften beklagen zwar teilweise Wettbewerbsnachteile, weshalb für die Akzeptanz des ETS wichtig wäre, dass im Nachfolgewerk von «Kyoto» weltweit verbindliche Werte festgelegt würden. Doch die Weigerung Bushs, das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen, bringt der europäischen Wirtschaft auch Vorteile. Dank «Kyoto» ist ein neuer Zweig der Finanzindustrie entstanden.

Das Zentrum des Handels befindet sich in London, wo nicht nur Climate Exchange, sondern zahlreiche andere Gesellschaften und Fonds aus diesem Bereich am Aim kotiert sind. Im Emissionshandel ist die britisch-niederländische ECX führend, doch sie erhält nun schärfere Konkurrenz aus Deutschland. Eurex und European Energy Exchange (EEX) spannen seit dieser Woche zusammen. Langsam scheinen aber auch die US-Börsen davon überzeugt zu sein, dass der Emissionshandel Zukunft hat. Die New York Mercantile Exchange plant gemäss «Platts» einen Futures auf die weltweiten CO<sub>2</sub>-Preise. Auch Nyse Euronext will über den Erwerb von Powernext Carbon in den Emissionshandel einsteigen. Der Rest der Powernext fusioniert übrigens mit der EEX.

## Powernext fusioniert mit EEX



mer mehr verpflichten sich freiwillig zu Emissionszielen, indem sie der Chicago Mercantile Exchange (CCX) beitreten.

Wie Robert Rabinowitz von der Londoner Climate Exchange, Eigentümerin von CCX und European Climate Exchange (ECX), diese Woche an einer Veranstaltung des Swiss Finance Institute in Zürich er-

Das Interesse der Börsen ist wohl auch auf den IPCC zurückzuführen. Dieser erachtet es als zentral, dass CO<sub>2</sub> einen Preis erhält – wofür es verbindliche Ziele und einen Handel braucht. Kosten von 20 bis 50 \$ pro Tonne würden viele Massnahmen zum Klimaschutz wirtschaftlich machen, ist der IPCC überzeugt. Das Weltwirtschaftswachstum würde dadurch jährlich maximal 0,12% reduziert. Und diese Massnahmen sind nötig. Nach Einschätzung des IPCC müssen die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 50 bis 80% sinken, wenn der Temperaturanstieg auf 2 bis 2,4 Grad Celsius begrenzt werden soll, wobei die Wende bis 2015 eintreten muss.

Die «Bali»-Teilnehmer sind also gefordert. Sie müssen die Aushandlung hoher weltweiter Reduktionsvorgaben auf die Agenda setzen. Doch selbst wenn sie sich nicht darauf einigen können, hat der Emissionshandel wegen seiner grossen Akzeptanz Zukunft. Dies würde indes bedeuten, dass zuerst noch mehr regionale Handelssysteme entstehen, bevor sie zu einem internationalen Markt zusammenwachsen.

## Monitor: Schweizer Wertpapiere (3/10)



Schon die Römer sollen in Gondo das gelbe Metall abgebaut haben. Die «Société Anonyme Française des Mines d'Or de Gondo» wurde 1875 gegründet. Ein eigentlicher Goldrausch fand von 1893–1897 statt. BILD: MUSEUM WERTPAPIERWELT